

Material dienst

Inhalt

Zwischen Resignation und Hoffnung Zur Situation der Christen in der DDR

Woraus wir leben

Diskriminierungen christlicher Eltern,
Kinder und Jugendlicher

„Nehmt Eure verfassungsmäßigen
Rechte wahr!“

Die Grenzen der Ideologie nicht
ernster nehmen als die gemeinsame
Aufgabe

Recht der Gesellschaft –
Recht des einzelnen

Inner- und außerkirchliche Sondergruppen · Religionen · Weltanschauungsbewegungen · Ideologien

ADVENTISTEN

Vor hundert Jahren — die ersten
Adventisten in Europa
Ökumenischer Rückschritt

BEOBACHTUNGEN

Theorie in freier Landluft
Klarstellung der Fronten

Aus der
Evangelischen Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen



12

38. Jahrgang
15. Juni 1975

Zwischen Resignation und Hoffnung Zur Situation der Christen in der DDR

„Die Begegnung mit dem marxistischen Sozialismus ist todernst. Aber nicht wegen dessen atheistischer Überzeugungen, so grimmig sie auch immer wieder einmal formuliert werden . . . In dieser Begegnung wird uns unausweichlich die Frage gestellt, woraus wir selber leben.“ Dieser Satz kennzeichnet das innere Gefälle eines sehr persönlich gehaltenen Bischofswortes, mit dem sich *D. Albrecht Schönherr* an die Anfang April 1975 in Berlin-Weißensee tagende *Landessynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Ost)* wandte (die im folgenden zitierten Texte sind den «epd-Dokumentationen» Nr. 20/75 und Nr. 22/75 entnommen; im übrigen stützt sich diese Sammlung von Stimmen aus der DDR auf einen Bericht in Heft 5/1975 der «Herder Korrespondenz»).

Zwar betont Bischof Schönherr zunächst die Dinge, „die uns froh machen können“, und er stellt im Blick auf das kirchliche Leben fest: „Wahrscheinlich ist es netto nicht geringer als in anderen Ländern, etwa als in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland.“ Dann aber fährt er fort: „Natürlich erschrecken wir vor sinkenden Zahlen, besonders von Kindertaufe und christlichem Unterricht, wir erschrecken vor Streit, Rechthaberei, Verdächtigungen und Mißtrauen in den Gemeinden, wir erschrecken vor der Wirkung von echten oder vermeintlichen Drohungen auf Eltern und Kinder, vor allem und in allem: vor der Krankheit der Resignation, also der Hoffnungslosigkeit, Lustlosigkeit und Traurigkeit . . . Die Hoffnungslosigkeit, die sich mancherorts zeigt, ist die Außenseite einer viel tieferen Not: viele sehen nicht mehr, daß der Glaube durch Wirklichkeit gedeckt ist.“

Woraus wir leben

Dieser Not, so meint Schönherr, könnten die Christen vielleicht nur dadurch begegnen, daß sie sich auf die Elemente des Glaubens beschränkten, die durch ihre Erfahrung wirklich gedeckt sind, in denen sie darum vor sich selbst und vor anderen glaubwürdig sein können – auch auf die Gefahr hin, daß das nur wenig ist und dem Klischee eines „Musterchristen“ nicht entspricht. „Vielleicht sollten wir, jeder für sich, einmal darüber nachdenken, wo in unserer eigenen Erfahrung die Stelle ist, an der etwas von der großen Tradition unseres Glaubens zum Aufleuchten kommt. Wir können in diesen Dingen nur helfen, worin wir selbst Hilfe erfahren haben.“

Absage also an überzogene kirchliche Ansprüche und dogmatische Forderungen um der Überzeugungskraft christlicher Existenz in der konkreten Situation willen. „Wir haben immer wieder nach Formeln gesucht, die ausdrücken können, was unter Christsein im Sozialismus zu verstehen ist. Vor allen Formeln und auch vor allen Anfragen sollten wir bedenken: was tun wir, daß ‚jedermann‘, also auch der Funktionär, der überzeugte Marxist besser erkennt, daß wir Christi Jünger sind, und daß das nicht heißt, einem Gespenst zu folgen? Kann der andere etwas davon erkennen, wenn wir ihm von vornherein mißtrauisch, feindselig oder abwei-

send entgegneten? Ist es in Christi Sinn, daß wir uns in ein Freund-Feind-Denken hineinziehen lassen . . .? Tragen wir nicht dazu bei, daß sich der andere in seiner Religions- und Kirchenkritik immer wieder bestätigt fühlt?“ Dabei betont Schönherr die positiven Möglichkeiten solcher Probe aufs Exempel christlicher Glaubenserfahrung unter den Bedingungen des sozialistischen Staates. „Hat die Begegnung von Christen und Nichtchristen, wie sie sich in der Minderheits-situation ständig ereignet, nicht auch einige erstaunlich positive Seiten? Wir sind aufgefordert, klar herauszustellen, was spezifisch christlich ist . . . Die Frage wird ständig offengehalten, ob der christliche Glaube aus der Befreiung durch Christus kommt oder ob er an seinem menschlichen Gegenüber fixiert ist, ob er eine auch den anderen umfassende Hoffnung für alle darstellt und darum in der Liebe konkret wird oder ob er die Ideologie einer Gruppe oder sozialen Schicht der Gesellschaft ist.“

Dieser selbstkritischen Behaftung der Christen bei den Konkretionen ihrer Erfahrung entsprechen allerdings ebenso kritische „Anfragen an den Partner“: „Ob man sich und der Gesellschaft denn einen Gefallen tut, eine alte, ungute Erfahrung von Generation zu Generation fortzuschreiben, hilfsbereite Kräfte junger Menschen nur halb zu nutzen oder lahmzulegen, die Machtfrage zu stellen, die doch kaum strittig und das am wenigsten überzeugende Argument ist.“

Neu an diesen Ausführungen von Bischof Schönherr sind weniger die Schwierigkeiten, von denen er redet–die äußeren und inneren Konflikte der Christen in der DDR sind alt genug –, als vielmehr der Ton, in dem sie gehalten sind. Deutlicher als bisher schwingt darin die Sorge, nicht nur der äußere Bestand der Kirchen, sondern die Glaubenssubstanz selbst sei durch die um sich greifende Resignation bedroht. Dem gelten die seelsorgerlichen Bemühungen des Bischofs. Andererseits ist die Entschlossenheit unüberhörbar, sich noch nüchterner und energischer als bisher den Herausforderungen der Situation zu stellen.

Diskriminierungen christlicher Eltern, Kinder und Jugendlicher

Eben dies versuchte die Synode in dem Konfliktfeld zu tun, das in den letzten Jahren immer mehr Gewicht bekommen hat: den Schwierigkeiten und Belastungen christlicher Eltern, Kinder und Jugendlicher auf dem Gebiet des Bildungswesens. Ein *Antrag der Kreissynode Zossen* vom 2. März 1975 an die Landessynode stellt fest, es werde „in bestürzender Weise deutlich, daß die Durchsetzung ideologischer Zielvorstellungen im Bildungswesen rücksichtslos geführt und auch eine kollektiv begründete Verachtung solcher Kinder und Jugendlicher provoziert wird, die aus christlichen Elternhäusern kommen, bzw. sich zu Jesus Christus bekennen und der Kirche zuwenden“. Trotz bester schulischer und gesellschaftlicher Leistungen werde der Zugang zur beruflichen Weiterbildung verwehrt und werde „die Zuverlässigkeit christlicher Jugendlicher für späteren verantwortlichen gesellschaftlichen Einsatz ausdrücklich in Frage gestellt“. In ähnlicher Weise beschreiben weitere Anträge an die Synode sowie der Bericht der Kirchenleitung selbst die Situation.

Die Landessynode setzte sich intensiv mit dieser Lage auseinander. Sie beschloß schließlich, nicht ohne heftige Kontroversen, sich mit einem *Brief an alle Ge-*

meindekirchenräte zu wenden und diesen mit einem gesonderten Anschreiben auch dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zur Kenntnis zu bringen. Der Brief stellt fest, daß sich die Schwierigkeiten im Bildungswesen und der Berufsausbildung daraus ergeben, „daß unser Staat das erklärte Erziehungsziel hat, sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden, die fest auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehen. Christliche Eltern und Jugendliche können und dürfen nicht verleugnen, daß Jesus Christus allein Herr ihres Lebens ist. Damit sind unvermeidlich Konflikte gegeben, die freilich zum Teil in gemeinsamer Bemühung von Christen und Marxisten unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten der staatlichen Gesetzgebung im Bildungssektor gelöst werden konnten.“

In dieser Lage habe die Gemeinde als wichtigste Aufgaben dreierlei zu tun: „1. Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern in jeder Weise beizustehen; 2. überzeugend werden zu lassen, daß es uns dabei nicht um bürgerliche Vorrechte oder Privilegien für die Kirche geht, sondern um Gerechtigkeit für alle, auch in den Fragen der Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, nämlich sowohl um der einzelnen Menschen willen als auch zum besten unserer Gesellschaftsordnung im ganzen; wir haben aber auch 3. nicht zu vergessen, daß Gott, wenn unsere Möglichkeiten an die gegebenen Grenzen gestoßen sind, immer noch Wege sinnerfüllten Lebens eröffnen kann.“

Dem Brief wurde eine Sammlung aller einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der DDR beigelegt. „Sie sollten allen Eltern so zugänglich gemacht und erläutert werden, daß sie sich bei etwa nötigen Verhandlungen mit Vertretern der Schule und des Staates darauf beziehen können.“

„Nehmt Eure verfassungsmäßigen Rechte wahr!“

Die Berlin-brandenburgische Kirche steht nicht allein mit diesen Versuchen, die Christen in ihrem Glauben zu ermutigen und Diskriminierungen abzuwehren. Die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen wandte sich mit einem „Wort der Information und Seelsorge“ an ihre Gemeinden, das am 9. März 1975 in allen Gottesdiensten verlesen wurde.

Die Verfassung der DDR gewähre zwar, heißt es darin, allen Bürgern die Gewissens- und Glaubensfreiheit und bekenne sich zum Erziehungsrecht der Eltern. Aber „zwischen ideologischer Erziehung, dem Erziehungsrecht der Eltern und der garantierten Gewissens- und Glaubensfreiheit ergeben sich Spannungen“. Dies führe in der Praxis immer wieder zu Benachteiligung und Behinderung. „Unterrichtsstoffe werden vielfach dazu benutzt, den christlichen Glauben und die Kirche herabzusetzen. Da und dort werden Kinder, die am kirchlichen Unterricht teilnehmen, genötigt, sich vor der Klasse zu melden . . . Gelegentlich werden Eltern und Kinder kurzfristig vor die Entscheidung gestellt: entweder Konfirmation oder Erweiterte Oberschule . . . Christliche Eltern sind mancherorts in Elternvertretungen unerwünscht . . .“

Viel schärfer als der berlin-brandenburgische Gemeindebrief ruft das sächsische „Wort“ zur Gegenwehr auf. „Nehmt Eure verfassungsmäßigen Rechte wahr! Wir bitten Euch Eltern und Kinder: Nehmt es nicht unwidersprochen hin, wenn Kirche und christlicher Glaube entstellt und verkürzt dargestellt werden! Sucht das Ge-

spräch mit den betreffenden Lehrern!“ Die Kirchenleitung wird dabei sehr konkret: „Ihr Eltern, isoliert Euch nicht . . . verunsichert Eure Kinder nicht durch Ängstlichkeit oder Resignation. Laßt Euch nicht in die Passivität drängen, arbeitet mit in Elternaktiven, weist die Lehrer auf Probleme in den Klassen hin. Setzt Euch nicht nur für Eure Kinder ein, sondern kümmert Euch um Leistungsschwache und Benachteiligte.“

Weil es um die Einübung in die großen Zukunftsaufgaben der sozialistischen Gesellschaft und der Welt gehe, so schließt die sächsische Kirchenleitung, „an denen Christen und Marxisten zusammenarbeiten müssen, ist ideologische Intoleranz, Bedrängung und Verletzung der Gewissen rückständig und zukunftsgefährdend. Wir bitten alle christlichen Eltern, das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Lehrern und Schule zu suchen, damit in allen Spannungen Wege gefunden werden, wie wir die Verantwortung für die Jugend miteinander statt gegeneinander wahrnehmen und die Jugend in ihre Verantwortung für die Welt von morgen hineinführen können.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Schwierigkeiten im Bereich des Bildungswesens und der Berufsausbildung sind indes nicht die einzigen, in die Christen und Gemeinden in der DDR heute durch die ideologisch bedingte staatliche „Austrocknung“ geraten. Zwar gibt der Bericht der Berlin-brandenburgischen Kirchenleitung ein erstaunlich vielseitiges Bild kirchlichen Lebens. Aber die vielen Schwierigkeiten werden ebenso deutlich. Besonders gravierend ist, daß die Kirche offenbar keinerlei Möglichkeiten bekommt, neue kirchliche Räume zu bauen. „Es ist uns nicht gelungen, in den letzten Jahren ein noch so bescheidenes Programm für Neubauten von Kirchen oder Gemeindehäusern in Gang zu setzen. Die Not ist vor allem in den Neubaugebieten am größten, wo es uns nicht einmal möglich ist, Vorbehaltsflächen für später zu erstellende Gemeindehäuser oder Kirchbauten zu erhalten.“

Die Grenzen der Ideologie nicht ernster nehmen als die gemeinsame Aufgabe

Trotz solcher Konflikte, in denen der prinzipielle Gegensatz zwischen dem seine Bürger total beanspruchenden Staat und den diese Totalität um ihres Glaubens willen zurückweisenden Christen zur praktischen Auswirkung kommt, bleibt die längst gefällte Grundentscheidung der Kirchen in der DDR gültig: daß sie sich nämlich weder als politische Opposition noch als gesellschaftlich indifferente, auf die Pflege ihres religiösen Privatlebens beschränkte Sondergruppe verstehen wollen. Nach wie vor nehmen die Christen für sich in Anspruch, loyale Bürger dieses Staates zu sein und in „kritischer Solidarität“ am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mitzuwirken. Das wurde jüngst wieder sichtbar an den christlichen Beiträgen zum 30. Jahrestag des 8. Mai 1945, der in der DDR als Tag der Befreiung vom Faschismus und des Beginns des sozialistischen Aufbaus mit großem Aufwand gefeiert wurde.

Ein Beispiel unter anderen sei herausgegriffen. Auf einer Veranstaltung des Nationalrats der Nationalen Front am 15. April 1975 in Berlin nahm auch *D. Albrecht Schönherr* das Wort. Die Tage des Gedenkens könnten jedem, so führte der Bischof aus, zur Besinnung helfen, was er getan habe, daß die Hoffnung auf eine bessere und schönere Zukunft erfüllt werde. Eine solche Besinnung sei „von einer

tiefgegründeten optimistischen Haltung getragen“. Schönherr zitierte dazu neben Passagen Dietrich Bonhoeffers über den Optimismus auch die Rede *Leonid Breschnews* auf dem Moskauer „Weltkongreß der Friedenskräfte“ im Oktober 1973: „Unseren Optimismus in der Sache des Friedens verbinden wir . . . mit der Tätigkeit aller gesellschaftlichen Bewegungen, die für den Frieden eintreten und hier, auf diesem Weltforum, so breit vertreten sind, mit der weiteren Entwicklung gemeinsamer Aktionen von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Christen. All das läßt uns hoffen, verleiht uns Zuversicht.“ Schönherr schloß seine Ansprache mit den Worten: „Wenn es um eine gerechtere, friedlichere und freundlichere Welt geht, und wenn wir wissen, daß daran mitzuwirken, Gottes Wille ist, dann brauchen wir die Grenzen der Ideologie nicht ernster zu nehmen als die gemeinsame Aufgabe.“

Noch deutlicher drückte sich *Oberkirchenrätin Christa Lewek* auf derselben Veranstaltung aus: „Die Befreiung vom Faschismus durch die Sowjetarmee leitete eine neue gesellschaftliche Phase ein: den Aufbau des Sozialismus. In heilsamer Weise wurden und sind wir dazu herausgefordert, uns die gesellschaftliche Dimension unseres Glaubens gegenwärtig zu halten, sie zu ermessen und zu leben.“ *Staatssekretär Hans Seigewasser* nahm in seinem Schlußwort solche Gedanken auf: Wir haben „gelernt, trotz unüberbrückbarer Gegensätze in unseren weltanschaulichen oder religiösen Anschauungen miteinander zu leben. Zehntausende Christen haben täglich neu durch ihre Leistungen in ihrem Beruf die Frage positiv beantwortet, ob ein Christ den Sozialismus mit verantworten kann. Im Vollzug dieses täglichen Vorbildes haben unsere Kirchen ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden.“

Recht der Gesellschaft – Recht des einzelnen

Am eindrucksvollsten indes hat die in dieser Sammlung von Stimmen aus der DDR angesprochenen Erfahrungen, Konflikte und Perspektiven in diesen Wochen vielleicht *Bischof D. Hans-Joachim Fränkel* artikuliert. Vor der Landessynode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebiets hielt er Anfang April einen Vortrag mit dem Thema „*Das Zeugnis der Bibel in seiner Bedeutung für die Menschenrechte*“.

Fränkel, der in den letzten Jahren öfter auf unbequeme Weise christliche Überzeugungen ausgesprochen hat und darum der DDR-Führung ein Dorn im Auge ist, geht in seinem Referat ebenfalls von der Befreiung aus, für die der 8. Mai als Datum steht und die ein wesentliches Motiv für die Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 war. Sehr rasch steuert er aber auf die Kernfrage zu: die unauflöbliche Spannung zwischen den „sozialen Rechten“ und den klassischen „individuellen Rechten“.

Die Grunderfahrung des Sozialismus, daß im 19. Jahrhundert die Betonung der klassischen Freiheitsrechte des einzelnen nicht vor einer Entrechtung des Proletariats zu schützen vermochte, mache das sozialistische Verständnis der Menschenrechte begreiflich: daß nämlich der einzelne nicht aufgrund seiner „Natur“, sondern nur als Glied der Gesellschaft Rechte habe; daß die Gesellschaft ihm seine soziale Sicherheit garantiere, Menschenrechte deshalb nicht als Absicherung

gegen die Staatsmacht verstanden werden dürften. Auch die Völker der Dritten Welt forderten heute eine stärkere Betonung von Gruppenrechten. Fränkel folgert – darin ein guter „Marxist“: Es „dürfte deutlich sein, daß bei der Frage nach den Menschenrechten niemals von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen abgesehen werden darf. Es kann also keine, die Gesellschaftsbezogenheit außer acht lassende schematische Gleichbehandlung geben.“

Im letzten freilich sind alle Rechte der Menschen nach christlicher Überzeugung in dem Recht begründet und begrenzt, das Gott mit der Rechtfertigung in Jesus Christus am Menschen erworben hat. „In der Rechtfertigung hat Gott sein Recht auf den Menschen zur Geltung gebracht. Der Mensch gehört Gott. Damit ist allen irdischen Ansprüchen an den Menschen eine Grenze gesetzt. Es ist der tiefe Irrtum jedes totalen Staates, daß ihm der Mensch mit Leib und Seele gehöre. Darum muß sich jede Konvention der Menschenrechte daran messen lassen, ob sie den Menschen vor diesem illegitimen Anspruch schützt.“ Der Konflikt zwischen den klassischen Freiheitsrechten des einzelnen und den sozialen, die Gesellschaft betonenden Rechten sei aber deshalb ein so ernstes Problem, weil auch nach biblischem Zeugnis der Mensch „auf Gemeinschaft hin“ geschaffen sei. Individuelle und soziale Rechte müßten also aufeinander bezogen sein. „Nun wird hier freilich eine Spannung bleiben, die auch durch die Behauptung von der Identität der Interessen des einzelnen und der Gesellschaft nicht aufzulösen ist, denn diese Behauptung hält der Wirklichkeit nicht stand. Wir können den Ort nicht finden, an dem wir den Dingen, den Menschen und Gott zugleich gerecht werden, weil wir in einer gefallenen Welt leben . . .“

Gerade aber weil es keine optimale, konfliktfreie Rechtsordnung geben kann, so betont Fränkel, sei den Christen geboten, „für das gottgeschenkte Menschenrecht konkret einzutreten“, wo immer es bedroht oder verletzt wird. Das kann durch einseitige Betonung der individuellen Freiheitsrechte geschehen, etwa im Durchsetzen wirtschaftlicher Interessen und Machtpositionen – Fränkel setzt sich leidenschaftlich für das „Antirassismusprogramm“ des «Oekumenischen Rates der Kirchen» ein. Die Bedrohung und Verletzung des Menschenrechts kann sich aber auch umgekehrt durch einseitige Forcierung der kollektiven Rechte vollziehen. Das ist die Gefahr der sozialistischen Staaten. „Sollen die sozialen Er rungenschaften festgehalten werden, so ist damit notwendig eine bestimmte Einschränkung persönlicher Freiheiten verbunden. Nicht diese Tatsache als solche ist das Problem, sondern die Frage der Grenze solcher Einschränkung. Es geht um jene Grenze, die auch unter Berufung auf revolutionäre Gesellschaftsprozesse nicht überschritten werden darf, wenn das von Gott geschenkte und damit vorgegebene Menschenrecht gewahrt werden soll.“

Konsequenterweise endet Hans-Joachim Fränkel bei der Perspektive, „dem Unrecht in willigem Erleiden zu begegnen“ – und damit deutet sich wohl noch einmal die Grundfrage an: wie weit der christliche Glaube durch Wirklichkeit gedeckt ist. „Aber nur eine Christenheit, die die Forderungen Gottes für das irdische Recht klar bezeugt und an die Seite der in der Welt Leidenden und Unterdrückten tritt, hat die Vollmacht, ihre Glieder zu ermahnen, im Erleiden des Unrechts Zeugen des Rechts zu sein.“

Michael Mildenerberger

Inner- und außerkirchliche Sondergruppen · Religionen · Weltanschauungsbewegungen · Ideologien

ADVENTISTEN

Vor hundert Jahren – die ersten Adventisten in Europa. (Letzter Bericht: 1975, S. 56ff) Gegenwärtig vollendet sich das erste Jahrhundert der adventistischen Weltmission. Sie begann in Europa. Aus diesem Anlaß hat das deutschsprachige Gemeindeblatt «Adventecho» fast eine ganze Nummer (17/1974) diesem speziellen Thema gewidmet. Es ist die erste eingehende Darstellung der Frühgeschichte des Adventismus in Europa und sie schließt viele Lücken unseres bisherigen Wissens. Das ist Grund genug, an dieser Stelle ein Stück Adventgeschichte nachzuholen!

Die adventistische Weltmission wurde ausgelöst durch das eigenwillige Handeln eines Feuerkopfes – nicht durch Visionen Ellen G. Whites, wie zuweilen behauptet wird, und auch nicht durch einen offiziellen Beschluß der Generalkonferenz. „Es war der ehemalige polnische Priester *Michael B. Czechowski* (1818–76), der den Adventisten Amerikas erstmals die Idee einer weltweiten Mission vor Augen stellte und zugleich bewies, daß diese Idee auch durchführbar ist“, schreibt «Adventecho». Czechowski war Weltverbesserer, Abenteurer und Revolutionär gewesen, ehe er in die Vereinigten Staaten floh. 1857 wurde er auf einer adventistischen Zeltversammlung getauft. Bald war er ein eifriger Adventprediger, der an verschiedenen Orten Nordamerikas wirkte.

Schon nach einigen Jahren bat er dar-

um, nach Europa gesandt zu werden. Aber die Gemeinschaft der STA war damals noch klein und keiner dachte an Weltmission. Man glaubte, es sei genug, die Dreifache Engelsbotschaft, die „allen Völkern, Stämmen und Sprachen“ verkündigt werden sollte (Offb. 14,6ff), im eigenen Land zu predigen, da Amerika ja von allen „Völkern, Stämmen und Sprachen“ bewohnt war. Schwerere Bedenken aber richteten sich offenbar gegen Czechowski selbst, der in keiner Weise dem Typ eines Adventisten entsprach. Sein Gesuch wurde abgelehnt.

Daraufhin kehrte Czechowski der Gemeinschaft der STA den Rücken. Er verband sich mit einer anderen adventistischen Gruppe und wurde 1864 vom ‚Christlichen Verein von Boston‘ (Ersttags-Adventisten) nach Europa gesandt. Sein erstes Arbeitsgebiet war Norditalien. Im Mutterland der waldensischen Reformation verkündete er die Lehren der STA, aber er erwähnte die Gemeinschaft nicht. 14 Monate später ging er in die westliche Schweiz, wo er mehrere Gruppen adventistischer Gläubiger bildete.

Unter ihnen war jene von *Tramelan* im Schweizer Jura die größte. Sie sollte bald den entscheidenden Anstoß für die Advent-Weltmission geben. Als nämlich Czechowski wieder verschwand und nach Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn ging, ja, bis nach Rußland reiste, da knüpfte diese schweizerische Adventistengemeinde

die Verbindung mit der Generalkonferenz der STA in Amerika, deren Adresse man unter den Hinterlassenschaften Czechowskis gefunden hatte. Sie bat um Hilfe. Als nichts erfolgte, schickte sie einen der ihrigen über den Ozean: im Frühsommer 1869 kam *Jakob Erzberger* (1843–1920) nach Battle Creek, wo er die Adventlehren studierte. September 1870 kehrte er als adventistischer Prediger in seine Heimat zurück, der erste, der in ein Land außerhalb Amerikas berufen wurde. Damit begann die adventistische Missionsbewegung in alle Welt.

Mit großer Beharrlichkeit sandten die Schweizer nun Jahr für Jahr ihre Bittgesuche um Geld, Schrifttum und um Missionare an die amerikanische Zentrale, denn die Zahl der Adventgläubigen wuchs. Die finanzielle Hilfe war zunächst schwierig zu realisieren; das Prinzip des Zehnten wurde erst 1879 eingeführt, und freiwillige Gaben für den europäischen Außenposten gingen nur sehr zögernd ein. In anderer Hinsicht aber kam den Schweizern die Tätigkeit einer missionarischen Frauenvereinigung (*Vigilant Missionary Society*) zugute. Sie widmete sich schon seit einiger Zeit vor allem den europäischen Einwanderern, die seit den fünfziger Jahren in großen Scharen in die Vereinigten Staaten kamen. Traktate wurden in die verschiedensten Sprachen übersetzt und eifrig verteilt, auch in die Heimatländer der Auswanderer gesandt. Oft wurden persönliche Briefe beigegeben, die dann zu einer wechselseitigen Korrespondenz führten. Dadurch war dem Verständnis einer Weltmission der Weg bereitet worden.

In das Jahr 1871 fällt die Entscheidung der Generalkonferenz, die Mission anzukurbeln, sie aber nicht zu zentralisie-

ren (erst 1889 wurde ein Ausschuß für äußere Mission als Instrument der Generalkonferenz ins Leben gerufen). Vielmehr sollte jede adventistische Gemeinde ihr eigenes Traktat- und Missionswerk betreiben. Dies löste eine intensive und neuartige Missionsbewegung aus, die vor allem als Schriftenmission und Briefmission wirksam wurde und die dazu führte, daß heute die Gemeinschaft der STA unter allen protestantischen Denominationen das am weitesten verzweigte Missionswerk hat.

Nun wurde auch die Bitte der schweizerischen Adventisten endlich erfüllt. Ja, man begann die Überseemission mit Überzeugung und sandte den besten, den man hatte, als ersten Missionar nach Europa: *John Nevins Andrews* (1829–1883). Er gehörte zu den Begründern der Organisation der Gemeinschaft der STA und war 1867–69 der dritte Präsident der Generalkonferenz gewesen. Andrews galt als gelehrt, war ein guter Schriftsteller und hatte überdies beachtliche Erfahrungen im Verlagswesen.

Nachdem er verstreute Sabbathalter in Großbritannien besucht hatte, reiste er in die Schweiz, wo er am 16. Oktober 1874 eintraf. Abgesandte von sechs Adventgruppen empfingen ihn. Schon auf der ersten gemeinsamen Sitzung wurden 1800 Franken für die Herstellung von Druckschriften gespendet. Ein Jahr später beschloß man die Gründung einer Traktat- und Missionsgesellschaft mit einem Verlagshaus in Basel, und im Juli 1876 erschien die erste adventistische Zeitschrift Europas: «*Les Signes des Temps*».

Im Januar 1875 reisten Andrews und Erzberger ins Rheinland, wo sie eine Gruppe von 46 Sabbathaltern in Elberfeld besuchten. Der dortige Führer war

ein ehemaliger Prediger der reformierten Kirche, J. H. Lindermann, der 1867 den Siebenten-Tags-Sabbat angenommen hatte. Diese Gruppe scheint in der Folgezeit jedoch keine Rolle mehr gespielt zu haben. Die erste Gemeinde der STA in Deutschland gründete Erzberger im Januar 1876 in Solingen. Um dieselbe Zeit entstand eine Gemeinde in Vohwinkel. Dann war 13 Jahre lang in Deutschland kein weiteres Wachstum mehr zu verzeichnen, während das Werk in der Schweiz sich zügig entwickelte: Basel war Zentrum. 1884 kam der Präsident der Generalkonferenz und gründete die «Schweizer Konferenz» (Vereinigung), die zwei Jahre darauf wegen der Ausbreitung des Werkes in «Mitteleuropäische Konferenz» umbenannt wurde. 1885 besuchte E. G. White auf ihrer zweijährigen Europareise zuerst Basel. 1886 erschien als erstes adventistisches Buch in deutsch eine Geschichte des Sabbats. Um die Arbeit in Deutschland anzukurbeln, mußte ein neuer Mann kommen. Es war *Ludwig Richard Conradi*, ein aus Karlsruhe stammender Auswanderer, der 1878 Adventist geworden war und unter den Deutschen in den USA mit großem Erfolg missioniert hatte. Man sandte ihn 1886 nach Europa, und 1889 kam er nach Hamburg. Hier wurde er zum eigentlichen Begründer der Gemeinschaft der STA in Deutschland.

Die Entwicklung geht nun rasch voran: Das deutsche Missionsfeld wird 1891 selbständig. 1894 gibt es schon 15 eingesegete Prediger und 50 Buchevan-

gelisten; bald darauf werden über tausend Adventisten registriert (1897). Im Jahr 1895 wird der gesamte deutsche Verlag von Basel nach Hamburg verlegt und die seit 1884 bestehende deutsche Adventzeitschrift «Herold der Wahrheit» wird nun halbmonatlich in einer Auflage von 12 000 herausgebracht. 1897 erscheinen im Hamburger Verlagshaus Bücher und Schriften in 14 Sprachen.

Im Jahr 1898 wird dann die «Deutsche Vereinigung der Siebenten-Tags-Adventisten» organisiert. Conradi führt den Vorsitz. In seiner Hand liegt auch die Ausbildung der Prediger und Missionare. So ist er maßgeblich an der Gründung des Predigerseminars Friedensau bei Magdeburg beteiligt (MD. 1974, S. 186f).

Der Name Conradi wird heute von den Siebenten-Tags-Adventisten kaum mehr erwähnt. Denn es kam schließlich zu einer Trennung. Conradi hatte eingehende Studien der Heiligen Schrift und der Geschichte der STA betrieben und hatte umfangreiche Werke darüber geschrieben. Aber mit den Ergebnissen seiner Forschungen konnte sich die Generalkonferenz mit der Zeit nicht mehr einverstanden erklären. Es kam zu Spannungen. Als alter Mann verließ Conradi 1932 die Gemeinschaft. Er soll sich den Siebenten-Tags-Baptisten angeschlossen haben.

So begann und endete die eigentliche Missionsperiode der Adventisten in den deutschsprachigen Ländern Europas mit der Opposition eines Abtrünnigen. reit

Ökumenischer Rückschritt. (Vgl. MD 1973, S. 221ff). Als die Gespräche zwischen dem Ökumenischen Rat der Kirchen und einigen führenden Adventi-

sten, die ab 1965 stattfanden und die anerkanntermaßen beiden Teilen Gewinn brachten, im Jahr 1971 beendet waren, wartete man vergeblich darauf,

daß nun in der adventistischen Literatur die ökumenische Thematik aufgegriffen würde. Es dauerte fast zwei Jahre, bis im »Adventecho« ein erster kurzer Bericht von Dr. B. B. Beach, dem Leiter der adventistischen Delegation bei den Genfer Gesprächen, erschien (Heft 4/1973). Dieser Aufsatz war allenfalls als Einstieg ins Thema, nicht aber als ein substantieller Beitrag zum gesamten Fragenkomplex zu werten.

Erst im Herbst 1974 wird die ökumenische Frage ausführlicher behandelt. „Beitritt zur Ökumene?“ lautet der Titel des Heftes 21/1974. Daß hierauf eine negative Antwort gegeben wird, war zu erwarten. Dr. Beach hatte schon während der Gespräche keinen Augenblick Zweifel darüber gelassen: „Eine Mitgliedschaft der Adventisten im Weltkirchenrat steht nicht zur Diskussion.“ Aber die Grundhaltung, in der nun über die ökumenische Bewegung gehandelt wird, überrascht, ja enttäuscht den Beobachter doch sehr.

Von einer inneren Auseinandersetzung mit der Aufgabe, die mit dem Wort „Ökumene“ signalisiert ist, mit dem Glauben derer, die sie aufgegriffen haben, und mit den Problemen, die sich bei der Verwirklichung dieser Aufgabe stellen, ist nichts zu spüren. Der „Beginn eines Lernprozesses“, von dem am Ende der Gesprächsrunde die Rede war, hat auf seiten der Adventisten offenbar nicht stattgefunden.

Die ökumenische Bewegung wird in dem angegebenen Heft konsequent von außen, das heißt vom Standpunkt des Nichtbeteiligten betrachtet. Es wird offenbar bewußt der Anschein erweckt, als gäbe es eine übereinstimmende Theologie des Ökumenischen Rates, etwa ein „ökumenisches“ Kirchen- und Bibelverständnis, das in dem entsprechenden Artikel von Gmehling/Beach

so „modern“ dargestellt wird, daß es von einem gläubigen Adventisten nur abgelehnt werden kann. Bezeichnenderweise wird in der Rubrik „Ereignisse – Berichte – Hintergründe“ am Ende des Heftes dann die *Berliner Ökumeneerklärung*, in der sich die «Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands» in äußerst polemischer Schärfe gegen den Ökumenischen Rat der Kirchen wendet, ohne Kommentar abgedruckt. Sie wirkt als Bestätigung der eigenen Haltung.

Kurzum, es wird schwarz gemalt – so als hätten die bisherigen Begegnungen gar nichts gefruchtet und wären von den Adventisten nur dazu genützt worden, vor dem ökumenischen Forum den eigenen Glauben bekennend darzulegen, wie Otto Gmehling formuliert. Das Lernen scheint allein von den anderen erwartet zu werden.

Gewiß, die Beiträge in dem genannten Heft sind nicht alle gleichartig. So beweist der sachkundige Informationsartikel über die ökumenische Bewegung aus der Feder des Hauptschriftleiters *Gerhard Rempel*, daß es Adventisten gibt, die unvoreingenommen beobachten können. Und *Dieter Leutert* vom Predigerseminar Friedensau (DDR), gegenwärtig einer der besten adventistischen Theologen in Deutschland, zeichnet in seinem Artikel „Unser Auftrag“ das Selbstverständnis der Adventisten und ihre heutige Situation so kritisch-offen, und er bringt, von der „Drei-Engel-Botschaft“ ausgehend, so fruchtbare Gedanken und Fragestellungen, daß man mit etwas Optimismus behaupten kann: hier meldet sich eine wirklich substantielle und damit dialogfähige Theologie zu Wort. Aber zum Thema „Einheit der Christen“ äußert sie sich nicht.

Offensichtlich ist die Zeit nicht reif. Die Siebenten-Tags-Adventisten befinden sich heute in einer weltweiten positiven Entwicklungsphase; sie haben so viel Zukunft vor sich und sie sehen so viele Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, daß die ökumenische Gemeinschaft mit anderen Kirchen im Moment ihnen weder notwendig noch hilfreich erscheint. Im Gegenteil, sie würde Anfechtung und Verunsicherung bedeuten, denn sie verlangt ja ein Teilnehmen an den Problemen der anderen. Dazu kommt, als grundsätzliche Schwierigkeit, die streng eschatologische Ausrichtung der Adventisten, die glauben, daß die Endzeitgemeinde nur aus einem „kleinen Rest“ der „Übrigen“ bestünde, während das gesamte Weltchristentum einer großen Abfallsbewegung anheimfalle. Diese *apokalyptische Mengenlehre* hindert die Adventisten daran, das Vermächtniswort Christi „auf daß sie alle eins seien“ (Joh. 17, 20ff) in seiner ganzen Tragweite zu er-

fassen. Sie weichen der Frage aus, wer diejenigen sind, für die Jesus in diesem letzten Gebet bittet, und wie die Einheit sichtbar gemacht werden soll, die für diese das verpflichtende Zeichen des Glaubens ist.

Keine apokalyptische Gemeinschaft konnte bisher ein positives Verhältnis zur Ökumene finden. Denn keine unterscheidet zwischen der *ökumenischen Bewegung* als einer Bewegung des Glaubens und der biblischen Erkenntnis, und dem *Ökumenischen Rat der Kirchen* als einer Institution, die die praktische Zusammenarbeit der Kirchen ermöglichen soll. An dieser Stelle wird die Schwäche der Ekklesiologie aller apokalyptischen Gemeinschaften, auch der Adventisten, besonders deutlich: „Kirche“ als eine Größe des Glaubens und als verpflichtende Gemeinschaft mit dem Herrn beziehen sie auf sich selbst, während sie bei den anderen „Kirche“ lediglich als „Kirchenorganisation“ zu sehen vermögen.

rei

BEOBACHTUNGEN

Theorie in freier Landluft. Auch heute noch gibt es trotz wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten Landkommunen, in denen junge Menschen versuchen, die künstlichen, als zerstörerisch empfundenen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation zu überwinden und wieder zum unmittelbaren Erleben, zur „Natur“ zurückzufinden. Diese Versuche alternativer Lebens- und Bewußtseinsmodelle, meist von einer pantheistischen Naturfrömmigkeit geprägt, oft romantisch naiv, sind dennoch von selbstkritischer Reflexion begleitet. Die Aktualität der Problemstellung steht außer Frage.

Klaus-Bernd Vollmar lebt in einer *Landkommune bei Kiel* und sucht mit dem hier abgedruckten Brief nach neuen Mitgliedern für seine Gruppe. „Wir sind eine Landkommune mit ‚head shop‘ und Büchertisch in Kiel, mit Druckerei . . ., biologisch-dynamischem Anbau, machen Meditation und Yoga der tantristischen Schule – also wir sind die emotionale Subkultur mit den Idealen von übermorgen, nur . . . bei uns sind sie schon HEUTE realisiert. Wir suchen noch Leute, aktive Leute, kreative, nicht solche, die die Alternativkultur als letzten Ausweg sehen in ein einigermaßen bequemes Leben (unser

Leben ist NOCH hart, härter als im Job!), die bei uns mitmachen, die mit der Natur harmonisch leben wollen, an einer erotischen Atmosphäre sich freuen können, die Ideen von übermorgen haben und eine Familie – ohne die Nachteile der bürgerlichen Familie – suchen . . .

Wir lesen, aber nicht mehr Marx, Adorno oder Schwendter, wir lesen Hesse und Castaneda, da wir unsere ganze erste ‚Jugend‘ nur wissenschaftlich, technologisch lesen durften, jetzt leisten wir uns den Luxus des freudvollen Lesens, daraus entspringt die freude- (nicht Freud) volle Theorie, wie Ihr sie bei Carlos Castaneda oder in Ansätzen in der Aufspürung des ‚wilden Denkens‘ bei Claude Levy Strauss finden könnt. Unsere Theorie geht aber nicht mehr von den Trennungen in Subjekt – Objekt aus, we are all one, wir sind alle zu einem Ganzen gehörig, sowohl erkennendes Subjekt wie erkanntes Objekt. Wir machen nicht in unserem Denken, unserer Theorie die

ganze Entfremdung Marxscher Theorie mit, die die Lehre eines eindimensionalen Kopfarbeiters ist, da halten wir es lieber mit den Situationisten des Pariser Mai . . . Unsere Theorie geht auf Rousseau, das barocke Weltbild des Paracelsus und seine Entsprechungen in Tantristischen Schriften zurück, sie ist technologiefeindlich = mystisch. So sind wir, so ist unsere Theorie. Sie verkommt nicht in dunklen Institutionen, sie genießt die Freiheit unseres Lebens.

Die Linke und Subkultur sind zur Zeit zwei verschiedene Wege, beide bedürfen einander zur Belebung, aber in Amerika ging schon seit langem die Bewegung zur linken Subkultur hin . . . Und vergeßt auch nicht eins: Der Kapitalismus ist nicht nur das System außer uns, der Kapitalismus, das sind wir, er ist in uns, und diese Erkenntnis mit ihren Konsequenzen der Selbständerung macht unsere spirituelle Lebensweise aus.“

mi

Klarstellung der Fronten. Der „Gemeindegtag unter dem Wort“, der in diesen Tagen im Stuttgarter Neckarstadion stattgefunden hat, sei entgegen den Beteuerungen der „Fortschrittlichen“ unter den Evangelikalen und Pietisten „nach dem in Dortmund stattgefundenen, der zweite mutige Schritt gegen den Frankfurter Kirchentag der Gott-ist-tot-Theologen, die Christentum, Marxismus und Maoismus zu einer sozialen Befreiungssuppe für Südafrika kochen wollen“. So stellt die «Hilfsaktion Märtyrerkirche e.V.» die Fronten klar («Stimme der Märtyrer» 4/5/75). Allerdings scheinen nicht nur die „fortschrittlichen“ Evangelikalen, son-

dern die Veranstalter des Gemeindegtags insgesamt das Gebot der Stunde noch nicht richtig erfaßt zu haben. Jedenfalls sehen sie sich unversehens mit der Leitung des Kirchentags in dieselbe Schußlinie gerückt. Da der «Hilfsaktion Märtyrerkirche» „leider eine öffentliche Teilnahme versagt wurde, ohne ihre Mitwirkung aber die klare Stellungnahme gegen den mörderischen Kommunismus fehlen wird, bleibt es ihr also nur übrig, gegen den Willen der Veranstalter des Gemeindegtags in Stuttgart sowie des Kirchentages in Frankfurt ihren Auftrag wahrzunehmen.“

mi



Bereits in
der 2. Auflage
erschienen!

Helmut Aichelin / Gerhard Liedke **Naturwissenschaft und Theologie**

Texte und Kommentare. „grenzgespräche“ Band 6
2. Auflage 1974, 304 Seiten, engl. broschiert DM 10,-

Das Gespräch zwischen den Naturwissenschaften und der Theologie ist heute neu in Bewegung gekommen. Alte, versteinerte Fronten lösen sich auf, Krisen auf beiden Seiten haben die Bereitschaft zum Gedankenaustausch wachsen lassen.

In dieser Situation bringt dieses überaus erfolgreiche Arbeitsbuch wichtige Stimmen aus der Geschichte des Gesprächs zwischen Naturwissenschaft und Theologie zu Gehör, kurze Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Jeder Text wird von einem Wissenschaftler unserer Tage kommentiert. Texte und Kommentare sind nach acht Sachgebieten geordnet: Grundrisse – Zeit und Wirklichkeit – Materie, Energie, Information – Von Welt zu Gott – Von Gott zu Welt – Veränderung der Welt durch den Menschen – Veränderung des Menschen durch den Menschen – Naturwissenschaft und Gesellschaft. Ein System von Querverweisen und das Register stellen den Zusammenhang her. Für die Arbeit in Gemeindekreisen, in Akademien, im Schulunterricht der Oberstufe sowie in der Weiterbildung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern eine ausgezeichnete Grundlage.

Die Herausgeber und eine Reihe der Autoren sind Mitarbeiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Stuttgart und der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg.

Neukirchener Verlag - 4133 Neukirchen-Vluyn 2

Die Zeitung

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



In Ängsten - und siehe wir leben

16. Deutscher Evangelischer Kirchentag Frankfurt vom 11. bis 15. Juni 1975
Zur Erinnerung – für diejenigen, die dabei sein konnten
Zur Information – für diejenigen, die nicht dabei sein konnten
Zur praktischen Weiterarbeit als unentbehrliche Grundlage für alle Gruppen

In Ängsten – und siehe wir leben Antworten und Angebote

Deutscher Evangelischer Kirchentag
(Herausgeber) Frankfurt 1975
ca. 220 Seiten mit Bildern, kart. DM 15,-
Nutzen Sie den ermäßigten Vorbestellpreis bis
zum 20. Juni 1975: DM 12,80
(Erscheinungstermin: September 1975)

Neben dem umfangreichen Dokumentarband „Deutscher Evangelischer Kirchentag Frankfurt 1975“ erscheint in diesem Jahr wieder ein Berichtsband. Diese Publikation will nicht nur durch Erlebnisberichte, Impressionen und Fotos einen Eindruck von der Atmosphäre des Frankfurter Kirchentags vermitteln und den Kirchentagsbesuchern Gelegenheit geben, die Erinnerung an das Erlebte wachzuhalten, sie bietet auch durch Zitate, Dokumente, praktische Modelle und liturgische Elemente eine Hilfe für die Arbeit in der Gemeinde.

Deutscher Evangelischer Kirchentag **Frankfurt 1975** Dokumente

Herausgegeben im Auftrag des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags
ca. 640 Seiten, E-faltn gebunden ca. DM 85,-
(Erscheinungstermin: Dezember 1975)

Dieser Band enthält den vollständigen Wortlaut der Vorträge und Gespräche des Deutschen Evangelischen Kirchentags und ist deshalb als zuverlässige Grundlage für Diskussionen und Weiterarbeit in der Gemeinde und in Gesprächskreisen unentbehrlich.

Auf Wunsch informieren wir Sie gern über die noch lieferbaren Kirchentagspublikationen aus früheren Jahren.

Kreuz Verlag Stuttgart · Berlin

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Gutschein des Quell Verlags für die Leser des Materialdienstes bei.

Herausgegeben von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen im Quell Verlag Stuttgart. – Redaktion: Pfarrer Helmut Aichelin (verantwortlich), Pfarrer Michael Mildenerger (geschäftsführend), Pfarrer Dr. Hans-Diether Reimer. Anschrift der Redaktion: 7 Stuttgart 1, Hölderlinplatz 2 A, Telefon 227081. – Verlag: Quell Verlag und Buchhandlung der Evang. Gesellschaft in Stuttgart GmbH, 7 Stuttgart 1, Furtbachstraße 12A, Postfach 897. Kontonummer: Landesgiro Stuttgart 2036340. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heinz Schanbacher. – Bezugspreis: jährlich DM 20,- einschließl. Mehrwertsteuer und Zustellgebühr. Einzelnummer DM 1,- + Porto. Bestellungen in jeder Buchhandlung und beim Verlag. – Alle Rechte vorbehalten. – Mitglied des Gemeinschaftswerks der Evang. Presse. – Druck: Maisch & Queck, Gerlingen/Stuttgart.